

AK 04: “Política y Coyuntura: Transformaciones Actuales en América Latina/Politik und Kultur: Aktuelle Transformationen in Lateinamerika“

KoordinatorInnen: Tobias Boos (Universität Wien), Ursula Prutsch (LMU München), Clemens Van Loyen (LMU München).

Vortragssprachen: Deutsch, Spanisch, Englisch

Tagungsabstract:

Die jüngsten politischen Entwicklungen in Lateinamerika werfen erneut große Fragezeichen auf. Bis Mitte 2019 schien die neu formierte Rechte in Lateinamerika ihr autoritär-konservatives Projekt vorantreiben zu können, ohne dass Gegenkräfte ausreichend Widerstand zu mobilisieren vermochten. Das erfolgreiche Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff im August 2016 in Brasilien leitete die Umkehr eines (gesellschafts-)politischen Ermächtigungsprozesses ein, der Afro-BrasilianerInnen, LGBTQ*-Gruppierungen und Indigenen endlich mehr politische Teilhabe und Anerkennung eingeräumt und versprochen hatte. Die rechtspopulistische Regierung Jair Bolsonaro baut hingegen auf die nie überwundenen Rassismen und weiße Suprematie. Die Politik Bolsonaros, die Wahl Mauricio Macris 2015 in Argentinien, Lenin Morenos Politik in Ecuador, die Wahl von Iván Duque in Kolumbien und von Lacalle Pou in Uruguay, schienen wieder eine langfristige rechte Vorherrschaft in der Region zu zementieren. 2019 kam es jedoch in Ecuador, Chile und Bolivien zu teils erfolgreichen Protesten und Aufständen, Macri wurde in Argentinien abgewählt, in Bolivien hat die ehemalige Regierungspartei MAS wieder die Wahlen gewonnen. In Brasilien aber scheint die linke Opposition gespalten und gerade die afro-brasilianische Bevölkerung entmutigt. In welche Richtung sich die Region bewegt, ist derzeit kaum absehbar. Dabei entziehen sich die Entwicklungen der letzten politischen Konjunktur einfachen Erklärungsversuchen. Ursachen, Triebkräfte und Akteure in den unterschiedlichen Ländern sind extrem heterogen. In manchen Ländern lassen sich wirtschaftliche Probleme, in anderen demokratiepolitische Gründe als Hauptursachen für die derzeitigen Konflikte ausmachen. Zeitgleich justieren sich die regionalen Bündnisse und Kräfteverhältnisse aktuell neu. Auch ist unklar welche Rolle die Region, in der sich rasant wandelnden globalen Konstellation – auch angesichts des Machtwechsels in den USA – einnehmen wird. Die dauerhaften Effekte der anhaltenden Pandemie lassen sich erst allmählich erahnen.

Der Arbeitskreis diskutiert die aktuellen Entwicklungen vor dem Hintergrund folgender Fragestellungen: Welche ökonomischen, politischen und kulturellen Ursachen lassen sich für die Entwicklungen ausmachen? Wo gibt es Gemeinsamkeiten und wo liegen Unterschiede? Lässt sich eine erste Bilanz der letzten Protestwellen ziehen? Was ist der gesellschaftliche Transformationshorizont der unterschiedlichen politischen Kräfte, die an den aktuellen politischen Konflikten beteiligt sind? Mit welchen Veränderungen der globalen Konstellation sieht Lateinamerika sich konfrontiert? Welchen Einfluss könnte die internationale Ebene auf die Region haben?

Vorläufiger Ablauf

- Petra Machold (Boku Wien): Colonial sugar production in the periphery of Quito, Ecuador in the late 18th century. En environmental history of provision management
- Gernot Stimmer (Universität Wien): Die Freiheit der Wissenschaft in Lateinamerika und ihre Feinde: Das Beispiel der Forschungs-und Bildungspolitik Brasiliens
- Laurin Blecha (Universität Wien): Recuperar la patria. Xenophobic sentiments in Costa Rica in the context of the Nicaraguan refugee crisis 2018.
- Andrés Musacchio (UBA,/CONICET Buenos Aires): Algunas interpretaciones sobre la “grieta” que divide a Argentina
- Aaron Tauss (Universidad Nacional de Colombia): Organisierte Klassengewalt: Aufstandsbekämpfung und kapitalistische Entwicklung in Kolumbien
- Clemens van Loyen, Ursula Prutsch (LMU München): Rio de Janeiro, die Olympischen Sommerspiele 2016 und die kulturpolitischen Folgen
- Carlos Haas (LMU München): Guatemala – von Trump zu Biden

Petra Machold (Boku Wien):

Colonial sugar production in the periphery of Quito, Ecuador in the late 18th century. An environmental history of provision management

Sugarcane had considerable long-term effects for nature and society wherever it was cultivated in plantations. Its cultivation needed massive interventions in the pre-existing natural conditions, such as creating bush- and treeless areas, and sugar production was usually associated with labour organisation based on slavery. This case study of the Hacienda La Concepción in the Chota-Mira Valley focuses on the consequences of colonial schemes of sugar cultivation and processing with slave labour on landscape and society. The Chota-Mira Valley is an inter-Andean valley about 150 km north of Quito and it is different from neighbouring locations. The valley has a hot and dry climate. The majority of the inhabitants are black, descendants of slaves brought here from the 17th century onwards. They till irrigated land on plots they call their own since time immemorial. They have very distinct names, speak a particular dialect and have a strong identity as a group. Land use and land ownership in the valley is complex, based on a structure inherited from the time of colonial sugarcane haciendas. The idiosyncrasies of the valley have defied understanding, leading to a host of competing explanatory attempts, none of them having gained wider currency. Investigation period is the late 18th century after the expulsion and expropriation of the Society of Jesus by the Spanish crown. At that moment the Jesuits had controlled more than 50% of the land suitable for sugarcane cultivation and were the largest owners of slaves of African origin. In the next two decades, the former Jesuit landholdings were administered by the *Junta de Temporalidades*, an administrative body of the Spanish crown, and the haciendas were sold one by one to private landowners. The written sources are rich and allow studying the agro-ecological and metabolic setting of a sugarcane hacienda of the late 18th century and to illustrate the consequences of the breakdown of a centralised system of exchange between Jesuit haciendas. Sugarcane plantations are conceptualized as socio-metabolic entities within a broader socio-natural network, connecting peripheral places of sugar production with the urban centres of colonial Ecuador. Verena Winiwarter's model on a three-partite model of pre-industrial European agrosystems offers the conceptual framework on which a model of a colonial sugarcane agrosystem was elaborated. The subsistence of an enslaved population was part of the economy of any sugarcane hacienda. The archival sources allow to reconstruct the agro-ecosystem of the hacienda La Concepción not only on the level of land-owners, but also on the level of slave livelihood and the day-to-day management of sugarcane production. The investigation of the environmental history of one such sugarcane hacienda focuses on re-arrangements of agro-ecosystems and society, studied as co-evolutionary history of social and natural systems.

Gernot Stimmer (Universität Wien):

“Die Freiheit der Wissenschaft Lateinamerikas im Spannungsfeld zwischen politischer Subversion und Modernisierungsfunktion

Die moderne Bildung und Wissenschaftsentwicklung in Lateinamerika stand seit ihrer Entstehung unter dem beherrschenden Einfluss der sie begründenden europäischen Kolonialmächte und weist vergleichbare Entwicklungsphasen auf: Von der durch katholische Kirche und Kolonialmacht kontrollierten Stiftungsuniversität über die formell autonome, aber weiterhin staatliche Anstalt bis zur aktuellen Pluralität staatlicher und privater Bildungs- und Forschungseinrichtungen des Tertiärsektors. Betrachtet man eingeschränkt nur den Zeitraum ab 1945 so standen die Universitäten und höheren Bildungseinrichtungen einerseits ständig im Fokus staatlicher Überwachung den tertiären Bildungssektor als notwendigen Innovationsträger für ihre nationalen und transnationalen Modernisierungsstrategien ein. Unter diesem Gesichtspunkt kommt auch der internationalen Bildungskoooperation mit bildungs- und wissensmäßig dominanten Staaten bzw Staatenbünden (USA, EU, BRICS) erhöhte Bedeutung zu. Brasilien nimmt unter den lateinamerikanischen Ländern eine Sonderstellung ein, da der Universitätsbereich einerseits durch die Bildungsmonopolpolitik des Mutterlandes erst lange nach der Unabhängigkeit Brasiliens institutionalisiert (1912) wurde, andererseits entsprechend dem Wahlspruch der Republik „Ordem e Progresso“ der daraus

abgeleiteten Fortschritts- und Sicherheitsdoktrin des Staates besonders unterworfen war. Dies schlägt sich bereits in den Modernisierungsstrategien der Zivil- und speziell der Militärregierungen nach 1945 nieder. In breiterem, dem Standard der westlichen Industriestaaten entsprechendem Ausmaß vollzog sich diese strategische Förderung von Wissenschaft, Bildung und Forschung unter den nachfolgenden demokratischen Präsidentschaftsregierungen, insbesondere unter Lula und Rousseff in Gestalt langfristiger Nationaler Aktionspläne für Wissenschafts-Technologie und Innovationspolitik (Ciencia, Tecnologia, Inovacao -CTI). Vergleichbare Strategien verfolgten andere große Staaten Lateinamerikas wie Mexiko, Argentinien, Chile aber auch Kleinstaaten wie Kuba. Der Beitrag analysiert diesen Prozess speziell unter dem Aspekt der Instrumentalisierung der Freiheit der Wissenschaft für die jeweiligen politisch-ökonomischen Zielsetzungen der Vergleichsstaaten. Dies soll im Besonderen am Beispiel Brasiliens illustriert werden, dessen Nationales Innovations-System zur ökonomisch-politischen Modernisierung des Landes über die staatliche Bündelung der Kapazitäten der dafür notwendigen vier Akteure (Tertiärer Bildungssektor, Hochbürokratie, Privatunternehmen und Zivilgesellschaft) erfolgen sollte. Die Installation der Regierung Bolsonaro ab 2019 markiert einen dramatischen Bruch dieser seit den 1980er Jahren bestehenden Kontinuität der Innovations- und Wissenschaftspolitik Brasiliens, illustriert durch die generelle Abwertung des Tertiärsektors (von der Finanzierung bis zur direkter Repression), die Abkopplung der Zivilgesellschaft und die selektive Prioritätensetzung militärisch-ökonomisch relevanter strategischer Ziele, wie nukleare- und fossile Energie, schrankenlose Ausnutzung der Ressourcen des Amazonasraumes u.a. Der Beitrag belegt diesen Vergleich sowohl empirisch als auch ideengeschichtlich (rationale Wissenskultur vs. ideologisch legitimierte instrumentelle Vernunft).

Laurin Blecha (Universität Wien):

Recuperar la patria. Xenophobic sentiments in Costa Rica in the context of the Nicaraguan refugee crisis 2018.

In the context of the political crisis in Nicaragua since April 2018, tens of thousands of Nicaraguans fled to Costa Rica, to seek asylum and refuge. Most of the Costa Rican population as well as the government reacted with solidarity. Nevertheless, at the height of the migration movement in August 2018, protests in the capital San José were organized against the Nicaraguan refugees. On social media platforms, nationalist, and right-wing groups started to agitate against the Nicaraguan migrants. Groups and individuals called for more restrictive immigration policies from the government and emphasized the “preservation” of the Costa Rican nation and identity. This may be surprising at first glance, since the Costa Rican identity is linked to a stable and democratic country, acting as a regional mediator in past Central American conflicts. While the Nicaraguan society has been shaped by the effects of a historically grown structural poverty, in Costa Rica a middle class has emerged during the 20th century. Costa Rica has the highest life expectancy compared to the other Central American countries and a liberal media landscape allows journalists and political activists to report without fearing of their security. All of this has brought Costa Rica the nickname “Switzerland of Central America”. Recent research distances itself from these imprecise attributions and does not speak of a special case *per se*. Rather, the contradictions in the self-image, but also the interpretation of the historical process of the country are under critical review today. The fact that the Costa Rican identity which defines itself as “white” and “European” and therefore presents itself as “different” from the other Central American societies seems problematic. The “non-white” population, *mestizos*, indigenous people, and people of African descent are often marginalized and not considered part of the history of Costa Rica which is still interpreted in terms of national history. Therefore, researchers today emphasize that it is necessary to look at ambiguities in the Costa Rican self-image, to take a new path of deconstructing national myths and to overcome traditional historiography. So how can we explain xenophobic and even racist protests in the context of the recent migration movement of Nicaraguans? Are they to be regarded as an isolated phenomenon or as part of a global trend that not only stands up against migrants, but also against minorities in general? In order to understand the situation in Costa Rica, first, it is necessary to have a look at the history of migration focusing on Costa Rica and Nicaragua as well as their interconnected migration history. In a second step, I will

elaborate on the events evolving in Nicaragua since 2018, causing the migration movement to Costa Rica. And thirdly, I will show how nationalist and xenophobic discourses came up at the height of the migration movement, using the group *Recuperemos Costa Rica*, a social media group founded in August 2018, as an example. I will look at contents of their discourse and show that the group is part of a global movement, mobilizing via social media against migrants.

**Andrés Musacchio (UBA/Conicet, Buenos Aires):
Algunas interpretaciones sobre la “grieta” que divide a Argentina**

En la última década se ha puesto de moda en Argentina el término “grieta”. De acuerdo a algunos intelectuales, analistas y comunicadores sociales, el Kirchnerismo en general y especialmente Cristina Fernández habrían generado con sus políticas una fractura en la sociedad argentina, que desde entonces no ha logrado cerrarse. Con el cambio de gobierno y el retorno del peronismo, la fractura en proceso de sutura volvería a cobrar actualidad. Tal interpretación no es novedosa. A lo largo de la historia, ha resultado habitual que los medios y los intelectuales vinculados a una fracción de la elite utilicen conceptos de ese tipo para endilgarles a gobiernos populares (como el radicalismo en el primer tercio del siglo XX y el peronismo en diferentes momentos) haber roto una armonía labrada trabajosamente en la construcción del “ser nacional”. Sin embargo, esa perspectiva no parece dar cuenta de algunas líneas de conflicto estructurales que atraviesan la historia del país y no son atribuibles exclusivamente ni a los gobiernos “populares”, ni a los sectores “populares”. En este trabajo intentaremos mostrar que la sociedad argentina fue atravesada históricamente por al menos una fractura que reconoce, en el fondo, dos modelos de país irreconciliables. La aparición intermitente de tal conflicto estructural muestra, además, las dificultades de los diferentes grupos y sectores para imponer de manera definitiva uno de los dos proyectos. Haciendo eje en los conflictos de la sociedad argentina reciente, intentaremos caracterizar las posiciones en pugna, la constelación de clases, grupos y sectores que se ven involucrados, los recortes sociales del conflicto y las raíces históricas de los debates.

**Aaron Tauss (Universidad Nacional de Colombia):
Organisierte Klassengewalt: Aufstandsbekämpfung und kapitalistische Entwicklung in Kolumbien**

Ende 2016 unterzeichneten die kolumbianische Regierung und die marxistisch-leninistischen Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) einen historischen Friedensvertrag. Das Übereinkommen mit der größten Guerilla-Bewegung des Landes bedeutete eine Zäsur in der blutigen Geschichte des Bürgerkriegs. Seit Mitte der 1960er Jahre sind 262000 Menschen gestorben, 80000 verschwunden und über 7,2 Millionen vertrieben worden (CNMH 2018; IDMC 2020). Trotz des Friedensabkommens geht die Gewalt in vielen Teilen des Landes unvermindert weiter. Allein im ersten Halbjahr 2020 wurden 150 soziale Aktivist/innen, Menschenrechtler und Anführer/innen indigener und afro-kolumbianischer Gemeinschaften und 25 ehemalige FARC-Kämpfer/innen ermordet (Indepaz 2020). Die Täter sind meist rechte Paramilitärs, das Militär und Drogenbanden. Anfang Mai 2020 sorgte Kolumbiens Militär inmitten der COVID-19-Pandemie auch für internationale Schlagzeilen. Laut Recherchen der Wochenzeitung *Semana* hatte der Militärgeheimdienst über Monate Zivilisten, Journalist/innen, Gewerkschaftler, Oppositionspolitiker/innen, NGOs und hochrangige Militärs systematisch ausspioniert. Auch Korrespondenten von US-Medien waren betroffen. Derartige illegale Praktiken sind in Kolumbien nichts Neues. Wie die anhaltende Gewalt gegen soziale Bewegungen und linke Strukturen ist die Spionage Teil einer jahrzehntelangen, autoritären Strategie der Aufstandsbekämpfung (counterinsurgency), die sich gegen die politische Opposition und widerständige Sektoren richtet. Die Auswirkungen dieser gewaltförmigen Herrschaftsform in Kolumbien stoßen bei vielen Beobachtern auf Kritik. Was dabei allerdings oft zu kurz kommt, ist der Zusammenhang zwischen der organisierten Gewalt der herrschenden Klassen und der kapitalistischen Entwicklung des Landes.

**Clemens van Loyen, Ursula Prutsch (LMU München):
„Revitalisierungen“ in Rio de Janeiro im Rahmen der Olympischen Sommerspiele 2016 und ihre Folgen**

Das „Revitalisierungsprojekt“ der Hafenzone von Rio de Janeiro, das unter dem Namen *Porto Maravilha* (*Wunderbarer Hafen*) vermarktet wird, ist das größte Public-Private-Partnership in der Geschichte Brasiliens. Es wurde im Juni 2009 beschlossen. Da Brasilien bald darauf den Zuschlag für die FIFA-WM 2014 und die Olympischen Sommerspiele 2016 in Rio de Janeiro erhielt, gewann das urbane Großprojekt an internationaler Aufmerksamkeit. Ein grundlegend transformierter *Porto Maravilha* würde, so glaubten politische Entscheidungsträger, zum festen Wohn- und Erlebnisort unterschiedlicher sozialer Schichten und ethnischer Gruppen werden. Er würde solcherart das multikulturelle Brasilien widerspiegeln und gerade wegen dieser Vielfalt internationale Investoren anziehen und Arbeitsplätze schaffen. Durch diese „Revitalisierungen“ würden Realitäten und Bilder vom jahrzehntelang vernachlässigten, ja gefährlichen Hafenviertel einer sicheren und offenen Lebenswelt weichen, und das Image der Zone nachhaltig verändern. Mehrere Milliarden Dollar für Infrastruktur, Spazierwege, Museen und Fassaden wurden bislang investiert. Gelder kamen von der Stadt Rio, dem gleichnamigen Bundesstaat, dem Bund und privaten Investoren. Für die Transformationen wurden Menschen enteignet und vertrieben. In einem von der DFG geförderten Forschungsprojekt fragten wir danach, ob in diesen Umgestaltungsprozess auch die betroffenen zivilgesellschaftlichen Gruppen eingebunden wurden, und wenn ja wie, oder ob das Großprojekt ein Resultat von Entscheidungen „von oben“ war. Wir erforschten, ob die Vision einer sozialen, ethnischen Inklusion - vielleicht auch nur in Ansätzen - umgesetzt wurde, oder eher eine Fassade, sprich Rhetorik ist. Denn der *Porto Maravilha* war auch einer der größten Sklavenmärkte auf dem amerikanischen Kontinent und ist bis heute von afro-brasilianischen Kulturen und Kulturinitiativen geprägt. Unser Beitrag analysiert anhand einiger Beispiele, wie der Favela Providência, des Museums der Zukunft und des Valongo-Kais, wo die Sklavenschiffe anlegten, ob dieses Vorhaben der sozialen – sprich auch ethnischen – Inklusion zumindest kulturpolitisch realisiert werden konnte, etwa durch starke zivilgesellschaftliche Gegenbewegungen, oder ob der immerfort erzählte Mythos von einer konfliktfreien „Rassendemokratie“ weitertradiert wird.

**Carlos Haas (LMU München):
Guatemala: Von Trump zu Biden**

Mit dem Machtwechsel in den USA sind Guatemala, El Salvador und Honduras, der „Triangulo norteno“ Zentralamerikas, einmal mehr in den Fokus US-amerikanischer Außenpolitik gerückt. Präsident Biden hat angekündigt, eine länderübergreifende Antikorruptions-Kommission einsetzen und finanzieren zu wollen. Damit knüpft die Biden-Administration an die CICIG, die Comisión Internacional contra la Impunidad en Guatemala (Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala) an, die von 2007 bis 2019 zahlreiche Fälle von Korruption und Straffreiheit aufgeklärt und vor Gericht gebracht hat. Die Freude und die Erwartungen unter den guatemalteckischen AktivistInnen und Menschenrechts-NGOs ist groß, bedeutet die Ankündigung Bidens doch einen grundlegenden Wechsel der Prioritäten. Guatemala und Zentralamerika werden nicht mehr nur als Problem der US-amerikanischen inneren Sicherheit verstanden (Stichwort: „Build a wall“). So nachvollziehbar das Aufatmen der GuatemalteckInnen auch sein mag, so wenig kann Bidens Vorschlag doch über den Charakter US-amerikanischer Einmischungen in Guatemala (bzw. allgemein Zentralamerika) hinwegtäuschen. Seitdem James Monroe 1823 die nach ihm benannte Doktrin formulierte, verbanden sich US-amerikanische Hegemonialansprüche über die westliche Hemisphäre immer wieder neu mit Imaginarien, die Einmischung und Dominanz legitimierten. Zuschreibungen wie die der „Bananenrepublik“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nicht fähig zu Entwicklung und Fortschritt, oder des möglichen Einfallstors des Kommunismus im Kontext des Kalten Krieges, sind nur zwei der Vorstellungen, die auf Guatemala projiziert wurden. Der Vortrag analysiert die aktuelle Situation Guatemalas und greift hierbei immer wieder in die Geschichte des Landes aus, das tief geprägt war

und ist von sozioökonomischer Ungleichheit, von ethni- scher und kultureller Diversität von Gewalt, Krieg und Genozid, aber auch von kraftvollen politischen Utopien sowie von politischen und religiösen Aufbrüchen. Was ist Guatemala heute – und wie wurde es dazu?